

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Abzugspreis vierteljährl. Mk. 2.40 einschließl. des Post- und Unterhaltungsblattes in der Geschäftswoche, bei unseren Voten sowie bei allen Reichs- und Provinzialstellen. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstühengrün, Wildenthal usw.**

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 15 Pf. Im Reklameteil die Zeile 40 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 40 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Im Falle höherer Gewalt — Anlag über längere Zeit — Änderungen des Geschäfts der Zeitung, der Verhältnisse aber der Betriebsverhältnisse — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Unterbrechung oder Fortsetzung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hanneböhln in Eibenstock.

65. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 37.

Mittwoch, den 13. Februar

1918.

## Bekanntmachung

betreffend Ablieferung von Hülsenfruchtsaatgut.

Durch Verordnung vom 23. Januar 1918 — Nr. 173 II B VIII — war bekanntgegeben worden, daß Erzeuger, welche Handelsaatgut von Hülsenfrüchten zum Verkauf bringen wollen, dieses bis zum 15. Februar d. J. den Kommissionären der Reichsgetreidestelle in ihrem Kommunalverband anzubieten hätten. Diese Frist wird bis zum 1. März 1918 verlängert.

Dresden, am 7. Februar 1918.

173 a II B VIII

Ministerium des Innern.

610

Das Ministerium des Innern nimmt mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Gesunderhaltung unserer zurzeit ohnedies stark verminderten Schweinebestände Veranlassung, erneut auf den Wert der Schutzimpfungen gegen den Schweinerotlauf aufmerksam zu machen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß für Rotlaufschutzimpfungen, welche die Schweinebesitzer in den Monaten März bis Juli jedes Jahres freiwillig durch Tierärzte ausführen lassen wollen, der Impfstoff kostenlos zur Verfügung gestellt wird, sofern mindestens der vierte Teil der Schweinebesitzer einer Gemeinde bis Ende Februar jedes Jahres die Vornahme der Impfung beantragt. Die Kosten der Impfung selbst sind von den Besitzern zu tragen.

Näheres ergibt sich aus den mit Verordnung vom 20. Januar 1917 veröffentlichten Grundrissen für Schutzimpfungen gegen den Schweinerotlauf (Sächsische Staatszeitung und Leipziger Zeitung Nr. 23). Die dort unter D Absatz 3 vorgesehenen Gebührenhöchstsätze für Rotlaufschutzimpfungen erhalten folgende Fassung:

Für die Impfung von Beständen bis zu 10 Schweinen	
eines Gehöfts je . . . . .	1,00 M.
mindestens jedoch . . . . .	3,00 "
Für die Impfung von Beständen bis zu 100 Schweinen	
eines Gehöfts je . . . . .	0,75 M.
mindestens jedoch . . . . .	10,00 "
Für die Impfung von Beständen über 100 Schweine	
eines Gehöfts je . . . . .	0,50 M.
mindestens jedoch . . . . .	75,00 "

Dresden, am 8. Februar 1918.

67 a II V

Ministerium des Innern.

601

## Vom Weltkrieg.

Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet. Verhängung des verschärften Kriegszustandes über Rußland.

Ueber die im Monat Januar auf das deutsche Heimatgebiet erfolgten Luftangriffe wird Nachstehendes veröffentlicht:

(Amtlich.) Berlin, 11. Februar. Im Monat Januar hat der Gegner 31 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet unternommen; davon galten 15 dem lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet und 14 den offenen deutschen Städten Ludwigshafen, Freiburg (je 3 Angriffe), Trier (2 Angriffe), Friedrichshafen, Rastatt, Offenburg, Mannheim, Karlsruhe und Heilbronn (je 1 Angriff). Demgegenüber die Zahl der Angriffe gegenüber dem Vormonat (13 Angriffe) infolge der günstigen Wetterlage bedeutend stetig, so waren doch für uns die Schäden und Verluste glücklicherweise geringer als im Vormonat. Die Opfer der Angriffe waren insgesamt 5 Tote und 9 Verwundete. Der Sachschaden war in allen Fällen unerheblich. Die wenigen Bomben, welche auf Werke unserer Rüstungsindustrie fielen, haben keine nennenswerten Betriebsstörungen zur Folge gehabt. Der Gegner büßte bei diesen Angriffen 4 Flugzeuge ein.

### Österreichisch-ungarische

Generalstab meldet:

Wien, 11. Februar. Amtlich wird verkündet:

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden rege Artillerietätigkeit.

### Der Chef des Generalstabes.

Die Hoffnungen der Entente auf griechische Hilfe auf dem Balkan dürften sich ebensowenig erfüllen wie manche andere bisher genährte, denn in der griechischen Armee fehlt es vor allem an der nötigen Ausrüstung:

Bern, 9. Februar. Die „Agence Hellénique“

meldet: Die Stimmung in der griechischen Armee ist keineswegs für die Regierung Benizelos günstig. Die Offiziere sind in zwei feindliche Lager gespalten. Die Auflösung in der Armee schreitet trotz aller getroffenen Maßnahmen fort. Acht Bataillone der griechischen Soldaten stehen treu zu König Konstantin. Die Einreihung von über 200 französischen Offizieren in die griechische Armee ruft bei den Truppen gewaltige Mißstimmung hervor. Die Erregung soll ganz besonders in den Garnisonen von Larissa und Lamia sehr stark sein.

Rad. Aufhören des Kriegszustandes mit Rußland rückt auch die Gefangenensfrage wieder in den Vordergrund der Erörterungen. Es wird jetzt darüber gemeldet:

Berlin, 10. Februar. Wie wir hören, haben die in St. Petersburg zwischen Delegierten der deutschen und russischen Regierung gepflogenen Beratungen über Gefangenensfragen nach längerer Verhandlung zunächst zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt, wonach die beiderseitigen dienstuntauglichen Kriegsgefangenen möglichst bald in ihre Heimat übergeführt werden sollen. Entsprechende Abkommen mit Rußland sind auch von den gleichfalls in Petersburg anwesenden österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Vertretern unterzeichnet worden. Bei den zur Zeit in Rußland herrschenden Verkehrsverhältnissen wird man freilich mit nicht unerheblichen Verzögerungen in der Ausführung des Transportes rechnen müssen, doch ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die in dieser Richtung bestehenden Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben.

Aus nachfolgenden Meldungen ist weiter zu entnehmen, daß die inner-russischen Verhältnisse gebieterisch die Einstellung der Feindseligkeiten verlangten, wollte man nicht das ganze nördliche Rußland dem Untergange weihen:

Berlin, 10. Februar. Der Rat der Volkskommissare in Petersburg hat durch seinen Vorsitzenden Lenin folgenden Beschluß in die Kreisstände und Eisenbahnausschüsse erfassen: Es sind die entschiedensten revolutionären Maßnahmen

zu treffen, damit nicht ein einziger Gefangener oder Flüchtling nach Petersburg oder dem hundert den nördlichen Gebiet wendet. Wir machen im voraus darauf aufmerksam, daß hier Kriegsgefangene oder Flüchtlinge kein Brot erhalten und zum Hungertode verurteilt sind. Sie sind nur nach den mit Getreide versehenen Gouvernements zu leiten. Setzt euch unbarmherzig mit den Prokuratoren auseinander, die danach trachten, die hungernden Gouvernements mit überflüssigen Mäusen zu übersütten und darauf rechnen, die Revolution mit der knochigen Hand des Hungers zu ersticken. Glaubt nicht den versandten provokatorischen Telegrammen, welche die Kriegsgefangenen nach Petersburg leiten. Die Lösung ist: kein einziger Ueberflüssiger soll in den hungernden Gouvernements sein.

Kopenhagen, 10. Februar. Nach einem Stockholmer Telegramm wird „Astonbladet“ aus Petersburg gemeldet: Der verschärfte Kriegszustand ist über ganz Rußland verhängt worden. Pest und Cholera breiten sich aus. Die Sterblichkeit ist auf eine schreckliche Höhe gestiegen. In Petersburg sterben täglich 300 Menschen. Es fanden neue Unruhen statt. Die Rote Garde schoß auf die Demonstranten.

Zum Schluß seien noch einige Pressestimmen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Rußland wiedergegeben:

Berlin, 11. Februar. Die gestrige Erklärung Trojks über die Beendigung des Kriegszustandes im Osten wird von den Abendblättern äußerst zurückhaltend besprochen. Die „Kreuz-Zeitung“ führt aus: Man darf das jetzt Erreichte einem geordneten Friedensschluß nicht gleichsehen. Die Natur der Bolschewiki bürgt uns dafür, daß sie alles daran setzen werden, der Herstellung geordneter Friedensbeziehungen auch weiterhin Schwierigkeiten zu bereiten. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, im Osten noch immer Gewehr bei Fuß zu stehen. — Die „Post“ erklärt: Wir können über alle noch unerledigten Schwierigkeiten im Osten voller Ruhe hinwegsehen. Solange der Krieg noch dauert, sind wir im Osten frei. Also unsere Kräfte